

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lunacek, Rossmann, Freundinnen und Freunde

betreffend die Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene und globaler Ebene zur Bekämpfung der globalen Finanzkrise und zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit sowie sozialer und ökologischer Maßnahmen

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Erklärung des Vizekanzlers zum Thema "Die richtigen Antworten in der Steuer- und Finanzpolitik Österreichs auf die globale Finanzkrise"

Durch die Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene und dann auf globaler Ebene würde ein wichtiger Schritt zu einer Dämpfung der übermäßigen Liquidität auf den Finanzmärkten und der damit verbundenen starken Preisschwankungen gesetzt. Bereits eine minimale Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen würde kurzfristig-spekulative Transaktionen, insbesondere mit Derivaten, verteuern und so einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte leisten. Der Steuersatz, der auf jede Transaktion entrichtet werden muss, könnte zwischen 0,01 und 0,1 % liegen. Basis dafür ist der Wert der Transaktion. Nach den Berechnungen von Schulmeister et al, die eine Studie für das Ökosoziale Forum erstellt haben, ist mit folgendem Aufkommen zu rechnen:

- Bei einem Steuersatz von 0,1% beträgt das Steueraufkommen in Österreich 0,62% des BIP (= 1,6 Mrd €), für die EU-27 inkl Schweiz und Norwegen: 2,2% des gesamten BIP.
- Bei einem Steuersatz von 0,01% beträgt das Steueraufkommen in Österreich 0,21% des BIP (= 0,5 Mrd €), für die EU-27 inkl Schweiz und Norwegen: 0,7% des gesamten BIP.

Nach Ansicht der StudienautorInnen ist eine weltweite Einführung zwar wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig. Das Problem der Verlagerung existiert zwar, aber es wird argumentiert, dass

- andere Finanzplätze in anderen Zeitzonen wären. Dadurch könnte man nur nachts handeln, was die Kosten erhöht.
- Finanzplätze werden nicht nur aus Kostengründen ausgesucht, sondern auch, weil sich dort Know how und Netzwerke angesammelt haben.

SPÖ-Bundeskanzler Gusenbauer und ÖVP-Vizekanzler Molterer haben dieser Studie und damit einer Einführung auf EU-Ebene bei deren Präsentation bei einer Veranstaltung des Ökosozialen Forums im Jänner 2008 inhaltlich voll zugestimmt:

"Klares Ja zu Besteuerung von Finanztransaktionen auf EU-Ebene

*Bundeskanzler Alfred Gusenbauer unterstreicht bei der Veranstaltung des Ökosozialen Forums Europa "die große Bereitschaft in Österreich, sich im Rahmen der Europäischen Institutionen für EU-weite Steuern und für einheitliche Umsetzungsschritte wie die Finanztransaktionssteuer einzusetzen. Etwa um die Entwicklungszusammenarbeit oder supranationale Aufgaben wie den Klimaschutz finanzieren zu können." Vizekanzler und Finanzminister Wilhelm Molterer sieht "das Thema Finanztransaktionssteuer insgesamt für eine Chance, weltweite Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen." Ziel sei mehr Transparenz auf den Finanzmärkten."*¹

Der SPÖ-Kanzler und der ÖVP-Vizekanzler/Finanzminister sind seither aber auf EU-Ebene nur mäßig tätig geworden, obwohl gerade jetzt aufgrund der aktuellen Finanzkrise der Zeitpunkt für die Einführung einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene und langfristig auf globaler Ebene im Rahmen der Debatte zur Neugestaltung des EU-Finanzrahmens und über neue Finanzierungsquellen besonders günstig wäre.

Zentraler Bestandteil der Einigung der Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Brüssel vom 15. und 16.12.2005 betreffend die finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 ist nämlich die Review-Klausel, die eine umfassende Neubeurteilung des EU-Finanzrahmens vorsieht. Dabei wird auch über neue EU-weite Einnahmenquellen verhandelt. Eine solche Einnahmequelle wäre die Finanztransaktionssteuer.

So ist z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zur Erreichung der UN-Millenniumsziele ein erhöhter Mitteleinsatz notwendig. Um diese Finanzierung abzusichern und von den nationalen Budgets unabhängig zu machen, sind autonome Finanzquellen auf EU-Ebene zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die vom SPÖ-Bundeskanzler und vom ÖVP-Vizekanzler bei der Veranstaltung des Ökosozialen Forums im Jänner 2008 geäußerte positive Meinung zur Einführung der Finanztransaktionssteuer auch gegenüber den EU-Partnern, Europäischen Institutionen sowie im Rahmen der Diskussionen und Verhandlungen zum Review und der Neugestaltung des Haushalts der EU inhaltsgleich und vehement zu vertreten.

¹ Ökosoziales Forum Europa / 21.01.2008 / 17:44 / OTS0222 5 II 0818 BMV0001 WI Mo,
http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20080121_OTS0222